

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 Mk., bei Abbestellung 2 Mk. Einzelnummern 20 Pf. Wochensubskriptionen werden nach Möglichkeit angenommen zu jeder Zeit. Bei Fernaufträgen ist die Zahlung des Bezugspreises im Voraus erforderlich. Rücksendung eingesandter Briefstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.



Wochensubskriptionen werden nach Möglichkeit angenommen zu jeder Zeit. Bei Fernaufträgen ist die Zahlung des Bezugspreises im Voraus erforderlich. Rücksendung eingesandter Briefstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 279 — 89. Jahrgang — Freitag, 1. Dezember 1930 — Wilsdruff-Dresden — Vol. 104 — Dresden 2640 — Montag, den 1. Dezember 1930

Unter Geschäftsaufsicht.

Staatskommissare als Finanzvormünder deutscher Kommunen sind heute — um einen Vorkursausbruch zu gebrauchen — „stark gefragt und Geld“. Eine ganze Reihe namentlich mitteldeutscher Städte steht schon unter Geschäftsaufsicht, in den letzten Tagen kamen außerdem noch andere große Städte hinzu und schließlich auch die Hauptstadt des Deutschen Reiches, Berlin.

Man kann lange suchen, ehe man eine deutsche Kommune findet, die nicht unter einem mehr oder weniger beträchtlichen Defizit leidet. Im allgemeinen lehnt man dort trotzdem in den hierfür zuständigen Stadtverordnetenversammlungen die Einführung der Bürger-, Getränke- und erhöhten Biersteuer ab und stößt damit auch recht oft auf die geheime oder offene Zustimmung der Stadtverwaltungen selbst. Durch eine weitere Steigerung der Realsteuern das Defizit bedenken zu wollen, ist meist nicht mehr zulässig ohne die gleichzeitige Einführung jener anderen Steuern, hat angesichts der Wirtschaftskrise auch nicht den erhofften finanziellen Erfolg, sondern steigert auch nur die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit. Wenn trotzdem die Magistrate und Bürgermeister vielfach eine solche Steuererhöhung versucht haben, so ist ihnen ihre Stadtverordnetenversammlungen bzw. Stadträte ihnen jene drei Steuern oder zum mindesten die eine oder andere davon, das Defizit war infolgedessen nicht aus der Welt zu schaffen, hier und da wollte man es einfach in das nächste Haushaltsjahr hinüberschieben und inzwischen das Loch mit einem kurzfristigen Kredit stopfen, wie so auch das Reich es tut. Da heißt es eben frei nach Hamlet: „Der Rest ist der Staatskommissar.“ Und nicht bloß in Preußen, sondern auch in den anderen deutschen Ländern ist er „stark gefragt und Geld“.

Die Situation ist derart, daß es wirklich keinen Zweck mehr hat, sich jetzt um die „Schuldfrage“ herumzuzanken. Das kostet Zeit und führt zu nichts. Die Realsteuervorschläge sind viel zu hoch, so daß im nächsten Jahre bei der Neueinschätzung dieser Steuern sich der katastrophale Rückgang der Wirtschaft in einem gewaltigen Sinken der Einnahmen namentlich aus den Gewerbesteuern zum Ausdruck bringen wird. Daß die Realsteuerverlastung überhöht ist, man diese Steuerbremse überdreht hat, wird von den Kommunen ebenso zugegeben wie von den Landesregierungen, aber und trotzdem...!

Die Lasten der Wohlfahrts- und Krisenfürsorge, dazu die Zinsen für die gewaltigen Massen der schwebenden Schulden drücken den Kommunen derartig auf den Nacken, daß sie kaum noch atmen können. Die Einnahmen aus ihren Wirtschaftsbetrieben gehen schnell zurück und selbst die Einführung der Bürger-, der Schankverehr- und der erhöhten Biersteuer — abgesehen von den vielen, übrigens kaum befriedigenden Mängeln, die ihnen anhaften — dürften meist nicht im entferntesten genügen, um die Fehlbeträge bei den Gemeinden zu decken; unbedingt soll und muß ihnen aber der Ausweg versperrt werden, ein Defizit im ordentlichen Haushalt nicht durch laufende Einnahmen oder durch Ausgabendrosselung zu beseitigen, sondern sich mit einem Stillverschleiben in das nächste Haushaltsjahr auszubehelfen. Das heißt die schon jetzt in beträchtlich großem Umfang betriebene Schuldenwirtschaft zu gefährlicher Höhe steigern — und es gibt schon mehr als eine deutsche Stadt, die formell „sich an ihre Gläubiger gewandt“ hat! Auf der Einnahmeseite sind bei den Kommunen aber auch deswegen erhebliche Ausfälle eingetreten, weil bei den großen Reichsüberweisungssteuern — Einkommen-, Körperschafts-, Umsatz-, Bier-, Kraftverkehrs- usw. Steuer — harte Rückgänge erfolgten, so daß auch die auf die Kommunen entfallenden Anteile erheblich eingeschrumpft sind. Gegen das in immer härteren Massen heranmarschierende, in absehbarer Zeit auf etwa eine Million angeschwollene Heer der Arbeitslosen, die allein der Wohlfahrtsfürsorge unterliegen, helfen die verzweifeltsten Maßnahmen kaum noch etwas.

Aber durchaus nicht immer und durchaus nicht allein bei den Kommunen liegt die Schuld dafür, daß es nicht mehr weitergeht, daß sie „sich unter Geschäftsaufsicht begeben“. Der Umfang der Pflichten, die ihnen durch die Gesetzgebung durch Reich und Staat auferlegt sind oder ihnen zwangsmäßig zuwachsen, ist nun viel zu groß geworden, als daß er durch die finanziellen Mittel ausgefüllt werden könnte, die den Kommunen zustehen und die sich einfach nicht mehr vermehren lassen, ohne daß es zu katastrophalen Folgen kommt. Und hierfür die Verantwortung übernehmen konnten und wollten viele Stadtverwaltungen nicht mehr; man darf ihnen wirklich deswegen durchaus nicht etwa überall einen Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl vorwerfen. Das gilt auch für die Stadtparlamente. Eine Besserung, hoffentlich eine Heilung dieser schleichenden Krankheit kann eben nur erfolgen durch eine grundsätzliche Reform in der Verteilung der Verwaltungsaufgaben, vor allem aber durch eine schlenne Durchsicht des neuen, bereits in einem Entwurf vorliegenden Finanzgesetzes, der die Not der Kommunen härter als bisher berücksichtigt.

Ein Bruch feierlicher Verpflichtungen

Der Reichswehrminister über das Abrüstungsproblem.

In einer Unterredung mit einem Pressevertreter äußerte sich Reichswehrminister Gröner über das Abrüstungsproblem u. a. wie folgt: Heute wird in der Welt mehr Geld für Rüstungszwecke ausgegeben als vor dem Kriege. Allein in Europa hat sich die Zahl der unter Waffen stehenden Männer um 500 000 Mann erhöht.

Deutschland und seine ehemaligen Verbündeten haben allein abgerüstet. Unter den Augen der Internationalen Kontrollkommission ist die uns auferlegte Entwaffnung restlos durchgeführt worden. Sechs Millionen Gewehre und Karabiner, 130 000 Maschinengewehre, 60 000 Geschütze, 15 700 Flugzeuge, 547 Flugzeughallen, 30 Luftschiffhallen und eine Unmenge Munition wurden zerstört oder ausgeliefert. Sämtliche modernen Waffen mußten abgeliefert werden. Alle Festungen im Westen sind geschleift. Die Organisation der neuen Wehrmacht ist auf das Genaueste bestimmt worden. Deutschland ist das einzige Land, dem eine Entmilitarisierung der Grenze aufgetragen worden ist. Was ist nun aus der im Versailler Vertrag und in der Völkerbundfassung

verbrieften Abrüstung

geworden? Die Regierungen einzelner Länder erfinden immer neue Vorwände, um weiter aufzurüsten und die Abrüstung zu sabotieren. Deutschland versage, so heißt es, über ein „potentiel de guerre“, durch das das deutsche Heer der französischen Armee gleichwertig werde. Wie kann sich unsere Industrie auf den Bau von Kriegsmaterial umstellen, wenn diese Umstellung ohne jeden Schutz vor den hochgerüsteten Armeen Frankreichs und seiner Verbündeten erfolgen müßte? In Deutschland sind so viel Fabriksbetriebe zerstört oder umgestellt worden, daß die Herstellung von Kriegsmaterial unmöglich ist. Man hat weiter behauptet, daß die Sicherheit Frankreichs bedroht sei, da die langdienenden Berufsoldaten den kurzdienenden Wehrpflichtigen überlegen seien. Die Deutschland ausgezwungene Form der neuen deutschen Wehrmacht soll nun ein Beweis der

Gefährlichkeit deutscher Rüstungen

sein. Das Reichsheer verfügt über keine Kampfwagen, über keine schweren Geschütze; auch kann es sich nicht aus Reserven ergänzen. Seitdem die Völkerversammlung bestätigt hat, daß Deutschland entwaffnet sei, bringt man Behauptungen über angebliche deutsche Geheimrüstungen, ohne zu sagen, worin diese eigentlich bestehen. Man führt als Beweis den hohen Beirat an, obwohl uns im Versailler Vertrag das teuerste Wehrsystem aufgezwungen worden ist. Während Deutschland seine Ausgaben für die Landesverteidigung herabgesetzt hat, weisen die Rüstungsausgaben der Nachbarländer eine starke Erhöhung auf. Frankreich hat im letzten Jahr dreimal soviel für seine Landesverteidigung aufgewendet als Deutschland. Wenn Frankreich unter diesen Umständen erklärt, es könne noch nicht mit einer fühlbaren Abrüstung beginnen, so bedeutet das den

Bruch feierlicher Verpflichtungen.

Dem unerträglichen Mißverhältnis der Rüstungen innerhalb Europas muß ein Ende gemacht werden.

Sonntagsitzung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett ist am Sonntag zusammengetreten, um die Vergütungen über das Finanzprogramm fortzusetzen. Man erwartet in unterrichtlichen Kreisen, daß die Kabinettsbesprechungen bis Montag abend zu Ende geführt werden.

Ein amtliche Verlautbarung über die Sonntagsitzung wurde nicht ausgegeben.

Finanzreform durch Notverordnung!

Valdiger Erlass bevorstehend.

Reichskanzler Brüning teilte in seinen Besprechungen mit den Parteiführern, dem preussischen Ministerpräsidenten Brauns und dem Führer der preussischen Landtagsfraktion des Zentrums, Dr. Gehl, diesen mit, daß er nunmehr die Absicht habe, die Finanzreform durch Notverordnung in Kraft zu setzen. Mit dem baldigen Erlass der Notverordnung kann also jetzt gerechnet werden.

Die Bremer Bürgerschaftswahlen.

Von den Bremer Bürgerschaftswahlen liegen folgende amtliche Gesamtergebnisse vor (die Ziffern der letzten Reichstagswahlen in Klammern):

Bremen-Stadt:

SPD. 55807 (62456), DVP. 9009 (12045), Zentrum 4238 (4816), Kommunisten 19798 (23493), DVP. 22756 (33517), Staatspartei 6682 (11502), Wirtsch.-P. 3362 (7482), Haus- u. Grundbes. 8730 (6659), Ratsoz. 45703 (22032), Konf. 1894 (7277), Christl.-Soz. Volksb. 1389 (1559), Kom. Dpp. 799 (—).

Bremervorort:

SPD. 3974 (5847) 3 Mandate (4), Nat. Einheitsliste 1820 (2095) 1 (0), Dem. u. Zentrum 1121 (404) 1 (1), Kommunisten 1349 (1617) 1 (0), DVP. 1215 (969) 1 (0), Ratsoz. 1.622 (2632) — (—), Ratsoz. II 2214 (—) 2 (—).

Gesamtergebnis im Staate Bremen.

Das Gesamtergebnis der Bürgerschaftswahlen im Staate Bremen: SPD. 62515 (73670) 40 Mandate (50), DVP. 11461 (15425) 6 (9), Zentrum 5379 (5335) 3 (2), Kommunisten 21679 (25861) 12 (10), DVP. 25271 (36153) 15 (16), Wirtsch.-P. 3362 (8553) 2 (9), Staatspartei 7211 (12786) 4 (12), Haus- u. Grundbes. 8730 (nicht aufgestellt) 5 (9), Ratsoz. 51324 (26137) 32 (2), Konf. 1894 (nicht aufgestellt) 1 (—).

Preissenkungen bei der Reichsbahn.

Zeiskarten, Lebensmittel- und Kohlenarife In den Preisverhandlungen zwischen Reichsregierung und Reichsbahn ist über eine Ermäßigung wichtiger Eisenbahnarife Abereinbarung erzielt worden. So werden die Preise der Arbeiterwochenkarten, Kurzarbeiterwochenkarten, Monats- und Teilmonatsarten sowie Schülermonatsarten gesenkt. Der Vorvorverkehr fällt, soweit für ihn schon ermäßigte Sätze bestehen nicht hierunter.

Im Güterverkehr

wird die Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen Lebensmitteln fruchtlich erleichtert, u. a. werden für Kartoffeln nun auch die Sätze für Wagenladungen ermäßigt, desgleichen für Getreide, Mehl und Qualitätsmehl. Entsprechend seiner Bedeutung für die Fleischversorgung der Bevölkerung wird auch der Tierarife gesenkt. Für alle bereits im Rottarif enthaltenen Lebensmittel wird eine Ermäßigung

für fünf- und zehn-Tonnen-Ladungen gewährt. Zur Senkung der

landwirtschaftlichen Produktionskosten

wird auch eine Reihe von Düngemitteln in die Frachtfreiliste einbezogen. Im Kohlenverkehr werden für bestimmte Empfangsgebiete Ermäßigungen durchgeführt. Diese gelten ab 1. Dezember, die übrigen Ermäßigungen werden in kürzester Frist in Kraft gesetzt, sobald die mit ihrer Einführung verbundenen Arbeiten abgeschlossen sind.

Beschwerde über Polen in Genf.

Auf der Januartagung des Rates Verhandlung.

Die dem Generalsekretär des Völkerbundes übermittelte deutsche Note besteht aus vier Teilen: 1. einer kurzen Mantelnote, in welcher der Reichsaussenminister Dr. Curtius beantragt, den Inhalt der deutschen Note auf die Tagesordnung der kommenden Ratstagung am 19. Januar zu setzen; 2. einer eingehenden Darstellung der Vorgänge in Oberschlesien auf Grund des Tatsachenmaterials; 3. der Stellungnahme der deutschen Regierung zu diesen Vorgängen; 4. einem umfangreichen Material. Zwischen dem Generalkonsul und dem Generalsekretär des Völkerbundes ist vereinbart worden, daß die deutsche Note in Genf am Mittwoch veröffentlicht werden wird. Der Generalsekretär des Völkerbundes wird nunmehr unverzüglich die Vorgänge in Oberschlesien auf die Tagesordnung der Januartagung des Rates setzen. Die deutsche Regierung hat den Ratsmächten insgesamt die Note ebenfalls übermittelt.

In der Note werden an Hand umfangreichen Tatsachenmaterials die Gewaltmaßnahmen gegen die deutschen Minderheiten in Oberschlesien dargestellt sowie auf die Beeinträchtigung der Wahlfreiheit und Ungültigkeitserklärungen der deutschen Wahllisten durch die polnischen Behörden hingewiesen.

Aus dem Wortlaut.

In der deutschen Note wird u. a. ausgeführt, daß große Teile der deutschen Minderheit durch willkürliche Maßnahmen von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen worden seien. In etwa 30 000 Fällen sei Angehörigen der deutschen Minderheit wegen angeblicher Unklarheit in der Frage der Staatsangehörigkeit die Ausübung des Wahlrechtes überhaupt untersagt worden. Zur Klärung der Frage der Staatsangehörigkeit sei eine Frist von drei Tagen gesetzt worden, innerhalb deren alle möglichen Unterlagen, die in den meisten Fällen als unzureichend erklärt wurden, beigebracht werden mußten. Durch die von polnischer Seite betriebene Propaganda für ein

■ Fördert die Ortspresse ■

Tagespruch.

Tausche tief in Gottes ew'ge Güte -
Und du wirst erneuern dein Gemüte!

Schlechte Weihnachtsausichten.

Die wirtschaftliche Lage des Handwerks im November.
Vom Reichsverband des deutschen Handwerks wird geschrieben: Der Monat November pflegt stets zu den geschäftlich stillsten Monaten im Handwerk zu zählen.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung vermochte nur vereinzelt noch eine geringe Belebung des Baumarktes zu bringen. Auch die Bau- und Reparaturarbeiten, fast keine Aufträge zu verzeichnen.

Hoffnungen in keiner Weise erfüllt sind. Die Nahrungsmittelhandwerker weisen trotz gestiegener Preise einen weiteren Rückgang ihrer Umsätze auf.

Die leichte Belebung für das bevorstehende Weihnachtsfest ist bislang lediglich vom Möbel- und Kleiderhandwerk gemeldet. Geboten hat sich die Beschäftigung auch beim Elektroinstallateurhandwerk, das durch verstärkte Lichtreklame und die Anlage von Radioempfangsgeräten vermehrte Aufträge zu verzeichnen hatte.

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Lage entsprechend der Beschäftigung der Betriebe verschlechtert. Die Zahl der erwerbslosen Handwerksgehilfen hat weiter zugenommen und damit auch die Klagen über die Schwarzarbeit erwerbsloser.

Die Zahlungswende der Rundschaft hat mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit eine weitere Verschlechterung erfahren. Die finanzielle Lage der Betriebe gestaltet sich dadurch immer schwieriger.

Weidwerk im Dezember.

Von Dr. Fritz Stowronnel.

Die deutsche Wildbahn hat durch die Überschwemmungen in diesem Herbst, von denen hauptsächlich Schlesien betroffen wurde, große Verluste erlitten. Hasen und Rehe sind in Menge in den Fluten umgekommen.

Verschiedene Umstände lassen darauf schließen, daß wir heuer wieder einen strengen Winter erleben werden. Die Mäuse haben nach der Befruchtung der Gärten ihre Winterwohnungen tiefer als gewöhnlich in der Erde angelegt.

waltige Schwärme von Vögeln aller Art, auch solchen, die sehr selten im Winter zu uns kommen, nach dem Süden. Ein Zeichen dafür, daß in den nördlichen Regionen schon strenges Winterwetter eingetreten hat.

Deshalb ist es heuer mehr denn je geboten, mit der Fütterung frühzeitig zu beginnen. Heu und Stroh, das dem Schalenwild geboten wird, muß in überdachten, regensicheren Häufen untergebracht werden.

Im letzten Monat des Jahres pflegen die großen Hasen- und Rehejagden geschlagen zu werden, sowohl im Walde wie auf dem Felde. Es wird manchem Jagdbesitzer nicht ganz leicht fallen, die dazu erforderliche Anzahl Schützen aufzubringen.

Die Fischweid in den Gebirgsflüssen und in den Bächen hat auch durch das Hochwasser gelitten. Viele Fische sind von den wilden Fluten talabwärts mitgerissen worden und auf das überschwemmte Land geraten.

Thüringen und das Reichsbanner.

Erklärung des Reichswehrministeriums.
Im Demokratischen Zeitungsdienst wird im Zusammenhang mit den Maßnahmen des thüringischen Innenministers gegen eine Ortsgruppe des Reichsbanners gesagt, es verdiene bemerkt zu werden, daß das Reichswehrministerium es sich bisher stets habe angelegen sein lassen, bei Anzeigen wegen angeblicher militärischer Übungen von Wehrverbänden ein Strafverfahren wegen Landesverrats gegen den Anzeiger zu beantragen.

Das Reichswehrministerium erklärt hierzu: „Es trifft nicht zu, daß das Reichswehrministerium bei Anzeigen wegen angeblicher militärischer Übungen von Wehrverbänden ein Strafverfahren gegen den Anzeiger wegen Landesverrats beantragt habe.“

In diesen Fällen ist auch nicht Anzeige wegen Landesverrats, sondern wegen versuchten Landesverrats gestellt worden, weil durch die Behauptungen der Eindruck im Auslande erweckt werden konnte, als wenn die Reichswehr gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages verstoßen hätte, was tatsächlich nicht der Fall war.

Englischer Bergarbeiterstreik droht.

Eingreifen der Regierung.

In der englischen Kohlenindustrie ist ziemlich unvermutet eine heftige Krise entstanden. Die Arbeiter drohen mit einem großen Streik. Auf einer Konferenz des Verbandes der Bergarbeiter wurden die Anträge der Unternehmer, in Abstufungen eine längere als 7 1/2 stündige Arbeitszeit in den Gruben durchzuführen, abgelehnt.

bandes, es sei sehr leicht möglich, daß von Montag ab in Schweden, Schottland, vielleicht auch in Mittelengland gestreift werde.

Die Regierung bemüht sich mit allen Kräften, den Ausbruch des Streiks zu verhindern. Sie hat an die Bergwerksbesitzer telegraphiert: „Wir hoffen, daß Sie Vorkehrungen treffen werden, um mit den Arbeitern zu verhandeln und mit ihnen vorläufige Vereinbarungen zu treffen.“

Kürzung der Löhne in Italien.

Ab 1. Dezember.

Die Vorsitzenden der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen der Industrie haben der Regierung ein Lohnabkommen vorgeschlagen, das ab 1. Dezember eine Kürzung der Arbeiterlöhne um 8 Prozent vorsieht. Diese Kürzung soll jedoch nicht angewandt werden bei Arbeitern, die nicht mehr als drei Tage in der Woche beschäftigt sind.

Die Arbeitnehmerverbände sind keine Gewerkschaften im Sinne der in anderen Ländern bestehenden Arbeitnehmervereinigungen. Es handelt sich vielmehr um vom Staate abhängige und beeinflusste Einrichtungen.

Die staatlichen Stellen kämpfen für Senkung der Lebenshaltungskosten. Jetzt haben auch die Industrieführer beschlossen, die Gewinnbeteiligungsquote ihrer Aufsichtsratsmitglieder um 25 Prozent zu senken.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Trennung der Deutschen Bauernschaft vom Bayerischen Bauernbund.

Die Deutsche Bauernschaft teilt mit: Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Bauernschaft hat in seiner Sitzung vom 27. November 1930 beschlossen, sich von dem Bayerischen Bauernbund, der bisher der Deutschen Bauernschaft angehört, zu trennen.

Ausschluss an Preußen in Streit.

Die Vorlage des Ministeriums über einen Staatsvertrag betreffend den Anschluss an Preußen wurde nach längerer Aussprache einem neungliederigen Ausschuss überwiesen. Auch die Vorlage zur Änderung des Besoldungsgesetzes wurde einem Ausschuss überwiesen.

Frankreich

Lardieus Rücktritt in Sicht?

Im Anschluss an die Kammer Sitzung, in der die Finanzstandale (Fall Dufrier) der letzten Zeit zur Debatte standen, die schon wieder ihr Opfer in dem Rücktritt zweier Unterstaatssekretäre forderte, erzielte die Reaieruna, als

Seines Herzens Königin

Roman von Marie Blanc-Eismann.

12. Fortsetzung Nachdruck verboten

Da warf sie sich leidenschaftlich an seinen Hals, schmiegte ihren Kopf an seine Schultern und flüsterte:

„Frage mich nicht, Konrad — erkläre mir meine Bitte und lasse mich ein paar Wochen — ein paar Monate fortgehen, vielleicht finde ich dann die Ruhe meines Herzens wieder.“

Konrad Wayburg hielt Lieselottes Kopf fest an seine Brust gedrückt und strichelte liebevoll über deren bleiches Gesicht.

„Meine liebe kleine Lieselotte — man hat dir wehe getan?“

„Frage nicht danach —“

„Aber Sascha hat mir doch gestern Abend noch verraten, daß eure Herzen sich gefunden haben —“

„Warum erinnerst du mich daran, Konrad?“

Er horchte verwundert auf.

„Verweist du es schon, Sascha dein Jawort gegeben zu haben?“

Sie schüttelte heftig den Kopf. „Nein, ich bereue es nicht — und — und ich will mein Wort so auch halten — aber es ist alles so schnell gekommen — ich muß eine Prüfungsfahrt haben — gönne sie mir, Konrad — lasse mich zu Tante Charlotte reisen.“

Konrad Wayburg stand für Sekunden regungslos da und starrte über den blonden Vordentopf Lieselottes hinweg nach seinem Arbeitstisch.

„Ich hatte mich so sehr gefreut darauf, meine Erfindung zu vollenden — war so glücklich darüber, daß Friedrich Karsten mir berichtete, welche eine tüchtige Stütze ich in dir erhalten sollte. Und nun werden meine Pläne alle wieder zerstört —“

Lieselotte fühlte heißes Mitleid mit Konrad Wayburg. Und fast wurde sie in ihrem Entschluß wankend. Da

aber tauchte das Bild Michael Romanowitsch vor ihr auf und sie sah ihn wieder in der Umarmung mit Werra.

Nein, sie konnte in diesem Hause nicht mehr länger bleiben — sie mußte fort — fliehen — irgendwohin, und Vergessen suchen, daß sie in törichten Träumen glücklich gewesen war.

„Ich kann nicht bleiben, Konrad — hab' Erbarmen mit mir.“

„Und was soll ich Sascha sagen, der sich darauf freut, dich vor aller Welt seine Braut nennen zu dürfen —“

„Sage ihm, daß er Geduld haben muß, bis das Trauerjahr zu Ende ist.“

„So lange willst du ihn warten lassen?“

„Ich muß mein Herz erst prüfen, Konrad — zu rasch ist alles gekommen —“

Da zuckte Konrad Wayburg mit den Schultern, ließ müde seine Hände sinken und entgegnete:

„Ich habe kein Recht, dich hier zurückzuhalten, Lieselotte, obwohl es mir schwer fällt, gerade jetzt deinen Wunsch zu erfüllen — aber wenn du glaubst, daß es für den Frieden deiner Seele notwendig ist — so will ich dich ziehen lassen.“

Heiße Tränen rannten über Lieselottes Wangen. „Ich danke dir, Konrad —“

Ehe sie sich aber zum Gehen wandte, wurde die Tür aufgerissen und Werra eilte herein.

Sie sah ein erregt, hatte beide Hände auf das Herz gepreßt und taumelte nach einem Stuhl, um dort niederzufallen.

Bestürzt schaute Konrad Wayburg seine junge Frau an, eilte auf sie zu und schloß sie in seine Arme.

„Werra — was ist geschehen — was hat dich so erschreckt?“

Da umklammerte die junge Frau heftig die Hände ihres Gatten und stöhnte: „Ich bin bestohlen, Konrad —“

„Unmöglich, Werra —“

„Und doch ist es so — sieh hier meinen Schmuck, du kennst ihn genau — es ist ein Erbstück meiner Mutter — ich habe es an unserem Hochzeitstage getragen, erinnerst du dich noch daran?“

„Und nun fehlt der große Diamant. Siehst du die Lücke in der Fassung?“

Konrad Wayburg starrte wie gebannt auf die Halskette, die ihm Werra entgegenhielt und aus der aus der Mitte ein großer Stein herausgebrochen war.

„Ich bin bestohlen — man hat mir meinen kostbarsten Besitz geraubt.“

Konrad tastete sich nach der Stirn.

„Aber das ist doch undenkbar — wie sollte jemand gerade den Stein nehmen und die Kette zurücklassen —“

Werra lachte schrill auf.

„Der Dieb wird wahrscheinlich genau gewußt haben, daß die Kette wertlos ist und nur der Stein ein Vermögen repräsentiert.“

Konrad schüttelte abermals den Kopf und murmelte: „Du wirst ihn vielleicht verloren haben, Werra —“

Aber sie wehrte heftig ab.

„Nein, das ist ausgeschlossen — ich erinnere mich genau, ihn gestern Abend noch gesehen zu haben.“

Konrad Wayburg wechselte mit Lieselotte, die an seinem Arbeitstisch lehnte, einen raschen, fragenden Blick und bemerkte dabei:

„Dann müßte sich der Dieb hier im Hause befinden?“

Lieselotte erwachte bei diesen Worten wie aus einer Betäubung und heftig erklärte sie:

„Das ist ausgeschlossen, Konrad; seit Jahren ist in unserem Hause kein Diebstahl vorgekommen.“

„Aber der Stein fehlt doch in meiner Kette,“ jammerte Werra. „Er ist ein Vermögen wert, ich muß ihn wieder bekommen und du wirst dafür sorgen, Konrad, daß sofort eine strenge Hausdurchsuchung vorgenommen wird — keiner deiner Angestellten darf verschont werden.“

Lieselotte richtete sich trotzig auf.

„Um Gottes willen, das würde eine Beleidigung für unsere treue Dienerschaft sein, die sich noch nie etwas zuschulden kommen ließ —“

(Fortsetzung folgt.)

